

INTERFRAKTIONELLE ANFRAGE Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) Stadtrat Johannes Honné (GRÜNE) GRÜNE-Gemeinderatsfraktion Stadträtin Doris Baitinger (SPD) Stadtrat Michael Zeh (SPD) SPD-Gemeinderatsfraktion Stadtrat Lüppo Cramer (KAL) Stadtrat Dr. Eberhard Fischer (KAL) KAL-Gemeinderatsfraktion vom 27.07.2012	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	38. Plenarsitzung Gemeinderat 18.09.2012 1182 20 öffentlich
Probleme bei der Anbindung einer weiteren Rheinbrücke an die B 36		

Wir fragen die Verwaltung,

1. welche Auswirkungen hinsichtlich zusätzlicher Lärm- und Schadstoffbelastungen diese Anbindung auf die Wohngebiete und die Aufenthaltsqualität im Umfeld hätte,
2. welche Wertigkeit die durch die Trasse berührte Landschaft für die Erholungsfunktion, den Landschaftsschutz und aus Naturschutzsicht hat und ob die berührten Flächen in Teilen so hochwertig sind, dass eine Ausweisung als Naturschutzgebiet gerechtfertigt wäre,
3. welche weiteren (verkehrlichen, technischen, finanziellen, rechtlichen) Probleme bei der Weiterführung der Trasse von der neuen Rheinbrücke zur B 36 auftreten könnten.

Sachverhalt/Begründung:

Die aktuelle Planung zu einer weiteren Rheinbrücke ist verkehrlich zweifelhaft, weil der zusätzliche Verkehr direkt auf die ohnehin stark belastete Südtangente geleitet wird. Insbesondere wird der häufige Stau so nicht verringert, sondern nur unwesentlich verlagert. Deshalb gibt es Bestrebungen, die neue Straße an die B 36 anzubinden.

Dabei würden jedoch mehrere neue Probleme entstehen:

- Zum einen würde ein bisher ruhiges Gebiet, zu dem auch die Konversionsfläche „Knielingen 2.0“ gehört, durch die neue Straße erheblich mit Lärm belastet und durch die Zerschneidungswirkung in seiner Aufenthaltsqualität gemindert.
- Zum anderen würde ein Gebiet durchquert, in dem zumindest das Gewann "Waid" früher bereits als Naturschutzgebiet angedacht war. Insbesondere hier wären erhebliche Naturschutz-Konflikte zu erwarten.

Durch eine neue Straße würde die Attraktivität des Karlsruher Straßennetzes für den Durchgangsverkehr, darunter insbesondere auch den Schwerlastverkehr, gesteigert. Das würde die gesamtstädtischen Bemühungen um einen Umstieg auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel und das politische Ziel einer Entlastung des Stadtgebiets vom Durchgangsverkehr (Fernverkehr) konterkarieren.

unterzeichnet von:

Bettina Lisbach

Johannes Honné

Doris Baitinger

Michael Zeh

Lüppo Cramer

Dr. Eberhard Fischer

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

7. September 2012